



# HESSISCHER LANDTAG

01. 10. 2024

Plenum

## Antrag

### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Politische Bildung an Schulen stärken — Demokratie verteidigen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die liberale Demokratie bildet das Fundament unseres freiheitlichen und friedlichen Zusammenlebens in Deutschland und Europa. Sie muss von jeder Generation neu verstanden, gelebt und verteidigt werden. Aktuelle Wahlergebnisse, Umfragen und wissenschaftliche Studien zeigen jedoch eine besorgniserregende Zunahme (rechts-)extremistischer und demokratiefeindlicher Tendenzen insbesondere unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Berichte über immer mehr rechtsextremistische und antisemitische Vorfälle an Schulen, steigende Zustimmung zu demokratiefeindlichen Positionen und gezielte Einflussnahme autokratischer Regime über soziale Medien wie TikTok verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf, die Demokratie- und Medienbildung im schulischen wie außerschulischen Bereich weiter zu stärken.
2. Der Landtag erkennt an, dass die politische Bildung an Schulen sowohl mit dem Ausbau des „Politik und Wirtschaft“-Unterrichts als auch mit der stärkeren Verankerung der Demokratiebildung in der Lehrkräfteausbildung in der vergangenen Wahlperiode bereits gestärkt wurde. In Anbetracht der besorgniserregenden Entwicklungen hält der Landtag jedoch eine weitere Stärkung der Demokratiebildung und Extremismusprävention an Schulen für unbedingt notwendig. Dabei braucht es nicht nur einen weiteren schrittweisen Ausbau des „Politik- und Wirtschaft“-Unterrichts an allen Schulformen. Politische Bildung und Demokratieerziehung müssen noch stärker als bisher als Querschnittsthema in allen Unterrichtsfächern behandelt werden. Jede Schulstunde muss zu einer Stunde für die Demokratie werden!
3. In Zeiten, in denen auf sozialen Medien wie TikTok im großen Stil Hassbotschaften, Falschmeldungen und Verschwörungstheorien verbreitet werden und autokratische Regime wie Russland und China diese zur politischen Destabilisierung liberaler Demokratien missbrauchen, muss Medienbildung eine zentrale Rolle bei der Demokratiebildung an Schulen einnehmen. Aus diesem Grund bedarf es nach Ansicht des Landtags einer Offensive „Medienbildung für die Demokratie“ u. a. mit umfassenden Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte und einem schnellen Ausrollen des Schulfachs „Digitale Welt“ mit einer Schwerpunktsetzung auf die Medienbildung.
4. Der Landtag bekräftigt, dass insbesondere die Erinnerung an und Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und des Holocausts zentraler Bestandteil der historisch-politischen Bildung und Demokratieerziehung in unserem Land sein muss und im Kampf gegen Antisemitismus und jegliche Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unerlässlich ist. Das Kultusministerium muss deswegen sicherstellen, dass die in den Kerncurricula aller Schulformen für die Mittelstufe verbindlich vorgesehene Behandlung des Nationalsozialismus und des Holocausts auch tatsächlich an allen Schulen erfolgt. Der Landtag hält es in diesem Zusammenhang für notwendig, dass zudem überall verbindlich eine Verknüpfung mit Angeboten von Holocaust-Gedenkstätten und -Erinnerungsorten oder anderen außerschulischen Angeboten beispielsweise der Bildungsstätte Anne Frank, des Jüdischen Museums Frankfurt oder des Fritz-Bauer-Instituts, erfolgt. Das Ziel sollte sein, dass alle hessischen Schülerinnen und Schüler mindestens einmal während ihrer Schulzeit eine Holocaust-Gedenkstätte besuchen. Der Landtag bittet die Landesregierung, die hierfür notwendige Ausweitung der Kapazitäten hessischer Gedenkstätten weiter voranzutreiben.

5. Der Landtag betont, dass die frühzeitige Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Strukturen und Prozesse der demokratischen Willensbildung von entscheidender Bedeutung ist, um das Interesse an Politik, das politische Wirksamkeitsempfinden und das Bekenntnis zu demokratischen Werten zu fördern. Deswegen bedarf es schulischer Beteiligungsformate, an denen alle Schülerinnen und Schüler flächendeckend teilnehmen, wie beispielsweise eine wöchentliche Klassenratstunde für die Klassenstufen 1 bis 6.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. Oktober 2024

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**